

„Die Welt im Umbruch – Deutschlands Möglichkeiten“

Rede von

Bundespräsident a. D. Christian Wulff

beim Herrenabend des Osnabrücker Clubs

am 6. November 2015

in Osnabrück

Sehr geehrter Herr Präsident,

lieber Herr Brickwedde,

sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

lieber Herr Griesert,

ich bin heute Abend gerne zu Ihnen gekommen. Das sagen Redner regelmäßig und ich befürchte, manchmal stimmt es nicht so ganz. Heute Abend bin ich sehr gerne zu Ihnen gekommen, in meine Heimatstadt, zu meinem Osnabrücker Club, zu wahren Freunden.

Im Spiegel stand einmal über mich: „Er kommt nicht nur aus Osnabrück. Er ist wie Osnabrück.“ Es klang nicht wie ein Kompliment, aber ich finde, es ist eines. In meinem Buch „Ganz oben Ganz unten“ habe ich einiges über Osnabrück geschrieben, zu meiner Prägung in unserer und durch unsere Stadt Osnabrück. Sie könnte gemeinsam mit Münster in der gegenwärtigen Krise der Welt wichtige Impulse liefern vor dem Hintergrund des

Westfälischen Friedens von 1648 und durch die vielfältigen Aktivitäten zu einem friedlichen, toleranten und respektvollen Miteinander verschiedenster Menschen.

Das gestellte Thema lautet: „Die Welt im Umbruch – Deutschlands Möglichkeiten“. Mit inzwischen 300.000 Bürgerkriegsopfern in Syrien, 6,5 Millionen entwurzelten Menschen und etwa 4,2 Millionen syrischen Flüchtlingen ist die Weltgemeinschaft mit der größten humanitären Katastrophe seit dem Zweiten Weltkrieg konfrontiert. Besorgniserregende Botschaften vom nördlichen Afrika über den Nahen und Mittleren Osten bis zur Ukraine beunruhigen uns zu Recht. Da ist die Frage nach Deutschlands Möglichkeiten eine höchst aktuelle und extrem spannende.

Ich bin zwischenzeitlich der festen Überzeugung, dass sich jeder Akteur auf dieser Welt selbstkritisch die Frage stellen muss, ist man Teil einer Lösung oder ist man Teil der Probleme?

I.

Ich erinnere zuerst an die Geschichte eines Flüchtlingskindes: die Geschichte des Schülers Andreas Greif. Er musste einst aus Glogau fliehen, über die Grenze von Schlesien hinüber nach Polen. Er wandelte seinen Familiennamen Greif in Gryphius um. Denn die Habsburger duldeten in seiner Heimatstadt keine Protestanten mehr. Auf seiner Flucht gelangte Gryphius schließlich nach Danzig, wo kein Krieg mehr herrschte. Er konnte im Gymnasium Latein

lernen und schrieb schon als Schüler Gedichte. 1636, im Alter von 20 Jahren, schrieb er das Sonett „Tränen des Vaterlandes“:

Wir sind doch nunmehr ganz, ja mehr denn ganz verheeret!
Der frechen Völker Schar, die rasende Posaun
Das vom Blut fette Schwert, die donnernde Karthaun
Hat aller Schweiß, und Fleiß, und Vorrat aufgezehret.

Die Türme stehn in Glut, die Kirch' ist umgekehret.
Das Rathaus liegt im Graus, die Starken sind zerhaun,
Die Jungfern sind geschänd't, und wo wir hin nur schau'n
Ist Feuer, Pest, und Tod, der Herz und Geist durchfähret.

Hier durch die Schanz und Stadt rinnt allzeit frisches Blut.
Dreimal sind schon sechs Jahr, als unser Ströme Flut
Von Leichen fast verstopft, sich langsam fort gedrungen.

Doch schweig ich noch von dem, was ärger als der Tod,
Was grimmer denn die Pest, und Glut und Hungersnot,
Daß auch der Seelen Schatz so vielen abgezwungen.

18 Jahre währte der 30ig-jährige Krieg, er war eben erst etwas mehr als zur Hälfte durchlitten, als Gryphius diese Zeilen schrieb. 12 Jahre noch sollten Söldnerheere kämpfen - für diesen oder jenen Herrn, diese oder jene Kirche. Ganz Europa stieß auf den Schlachtfeldern aufeinander: die Habsburger aus Österreich mit der Katholischen Liga bis nach Spanien gegen die Böhmisches Brüder, die katholischen Polen mit den Franzosen gegen den Kaiser, die Dänen, die Niederländer mit der Protestantischen Union der Deutschen, schließlich die Schweden gegen das Reich des Kaisers. Warum kämpften sie um ihren konfessionellen Konflikt, um die dynastische Vorherrschaft ihrer Familien, in diesen Landen? Wozu die Zerstörung freier Städte, die Verwüstungen der Dörfer, die Plünderungen im ganzen Land?

Warum erzeugten Kriege ständig neue Fronten mit neuen Gegnern? Warum wurde aus dem Konflikt der Österreicher mit den Böhmen ein *böhmisch-pfälzischer Krieg*, dann ein *dänisch-niedersächsischer Krieg*, schließlich eine *schwedische Invasion*, um zu guter Letzt zu einem *schwedisch-französischen Krieg* zu werden?

Wer hatte die Macht, über so viele Jahre so viele Söldner in den Kampf zu schicken, wer das Geld, sie zu finanzieren? Niemand. Der Krieg ernährte den Krieg. Je mehr Söldner, umso mehr Gewalt und Eroberungen. Es war wie ein unentwirrbares Knäuel aus Geld und Schulden, Macht und Herrschaft, Konfession und Religionsfreiheit, Herren und Volk, Kriegsherren und bezahlten Söldnern. Sie haben über 30 Jahre dieses Land verwüstet, ausgeplündert und vergewaltigt. Es war grausam und barbarisch. Es folgten Hungersnöte, Krankheit und Pest. In Teilen Süddeutschlands überlebte nur ein Drittel der Bevölkerung die Gräueltaten dieses Kriegs.

II.

Die Frage, wie damals der Weg zum Frieden 1648 geglückt ist, ist aktueller denn je. Drei Flugstunden vom Flughafen Münster/Osnabrück entfernt erleben wir einen Krieg, der Parallelen aufweist. Ein Krieg, in dem Menschen, die anders glauben oder anderer Meinung sind, unterdrückt, vertrieben oder brutal ermordet werden. In Afghanistan gilt das seit dem Angriff der Sowjetunion im Jahre 1979. Das sind bis heute 36 Jahre Krieg, Bürgerkrieg oder Terror – ohne echten Frieden, ohne wirkliche Freiheit.

Auch im Orient sind es wie damals in Deutschland die Nachbarn und die großen Mächte, die den Krieg führen. In vielen Ländern, in denen seit 2001 die Weltmächte intervenierten, brachen nach ihrem Abzug Bürgerkriege aus, Gewaltherrschaft und Terror wie im Irak und in Libyen. Der Irak wurde zu einem zwischen Sunniten, Kurden und Schiiten zerrissenem Land, nach drei Kriegen seit 1980. Der Irak griff Iran an, marschierte in Kuwait ein. Wie glücklich können wir uns schätzen, in Europa zu leben – heute in Europa zu leben. Iraker, die 1980 geboren wurden, haben ihr Land weder unter der diktatorischen Herrschaft von Saddam Hussein noch nachher in Freiheit und Frieden erlebt. Diese Iraker sind jetzt 35 Jahre alt. Sie haben mehr als drei Jahrzehnte Unfrieden erlebt.

Auch in Ägypten, das sich als Kernland des Islam versteht, kann seit dem Sturz des autokratischen Herrschers Mubarak 2011 von einer Befriedung der Gesellschaft keine Rede sein. Muslimbrüder haben die Rechte anderer mit Füßen getreten, inzwischen genügt den Militärherrschern ein einziger Urteilsspruch, um 600 Menschen auf einmal zum Tode zu verurteilen. Die Urteile werden bisher fast alle vollstreckt. Wohin sollen die Flüchtlinge aus Syrien gehen? Sie verlassen derzeit zu Hunderttausenden den islamischen Kulturkreis. Sie flüchten ins christlich-jüdisch abendländische Europa.

Die aktuellen Konflikte in vielen Ländern des Orients ändern sich in ihrer Struktur laufend. Kaum jemand kann noch verstehen, warum wer mit welcher Absicht Kämpfe führt. Das gilt auch für Syrien. Drei große Kampfparteien sind dort involviert.

1. Die Regierung Assad. Sie kämpft mit Verbündeten, ohne die sie den Krieg nicht überstehen könnte, der Hisbollah, dem Iran und Russland. Unterstützt wird die Regierung Assad ferner von Nordkorea und Weißrussland.

2. Die Opposition in Syrien, die *„Freie Syrische Armee“*. Sie wird von einer Reihe von islamischen Brigaden aus dem Irak und großen Staaten militärisch unterstützt, die aus fünf Ländern kommen: USA, Türkei, Israel, Katar und Saudi-Arabien. Hinzu kommen die kurdischen und aramäischen Widerstandskämpfer.

3. Die Milizen *„Islamischer Staat“*. Sie kämpfen gegen die Regierung, gegen die Rebellen, gegen die Kurden, die Schiiten, die Jesiden, vertreiben oder töten Christen und Aramäer. Sie werden von ihrem selbst ernannten Kalifen geführt. Ihre Kämpfer kommen aus dem Orient, aus Russland und dem Westen.

So kämpfen in Syrien Regierungssoldaten gegen die IS-Milizen, Sunniten gegen Schiiten, beide gegen die Alawiten oder Drusen. Sie verfolgen und töten Jesiden, Christen, Aramäer und Kurden als Ungläubige. Wer weiß noch, wo in Hama oder Aleppo die Fronten verlaufen,

wer für was gegen wen kämpft? Nichts als Zerstörung ringsum seit 2011. Wen wundert es noch wirklich, dass manche in der Bevölkerung im Norden Syriens und des Iraks die Ankunft der gewaltsamen IS-Milizen zu begrüßen scheinen? Millionen andere fliehen – wie einst Andreas Gryphius.

III.

Papst Franziskus hat im Juni in Sarajewo davor gewarnt, sich an das Klima eines internationalen Konflikts zu gewöhnen, in den die Welt geraten ist. In seiner Rede sagt er, dass die Menschheit sich in einer Art ‚*Dritten Weltkrieg*‘ befinde. Endlich sei von allen mehr zu tun, um Frieden zu schaffen, nicht mehr nur vom Frieden zu reden. Ich spreche natürlich nicht italienisch, aber es klingt auf italienisch so eindrucksvoll: „È necessario non a parlare della pace ma a la fare!“

Aber was tun? Welche Lehren sollen wir aus der Geschichte ziehen? Wenn es mir erlaubt ist, die so ungleichen Ereignisse zu vergleichen, da sie doch ein ebenso brutal wie lange geführter Krieg der einen gegen die anderen verbindet, ziehe ich folgende drei Schlüsse:

1. Syrien wird nicht mehr allein von den Syrern befriedet werden können.

Zu lange haben fremde Mächte in diesem Land gekämpft. Die internationalen Mächte, die seit Jahren im Land gegeneinander kämpfen, müssen eine umfassende Friedenskonferenz

veranstalten, um den Krieg zu beenden, nicht nur den Frieden mit Macht durchzusetzen, sondern auch eine neue demokratische Ordnung einzurichten. Nicht national, nicht bilateral, nicht Friedensbrief, sondern Verhandlungen aller mit einer Erwartung: Frieden zu schaffen!

So war es auch im Westfälischen Frieden. Die großen Mächte haben ihn den Landesherren und dem Kaiser auferlegt, nicht die Katholische Liga oder Protestantische Union ihn gefunden. Vielmehr haben die gemeinsam-getrennt in Münster und Osnabrück versammelten Mächte aus Europa ihn erarbeitet, ihn durch die große Zahl der Partner auch durchgesetzt. Auch in Syrien wird es keinen Sieger mehr geben, der Ordnung schaffen könnte, nur noch ein verwundetes Volk, das mit Hilfe von außen zu befrieden ist.

Der große Theo Sommer hat anlässlich seiner Ausführungen zum Westfälischen Frieden darauf hingewiesen, dass in unserer heutigen Zeit offenkundig Friedensverträge fast ganz aus der Mode gekommen zu sein scheinen. Da könnten Osnabrück und Münster mit dem Westfälischen Frieden von 1648 ins Spiel kommen. 1648 war ein großer Frieden großer Staatskunst. Die Souveränität der Staaten, die Nichteinmischung in inneren Angelegenheiten fremder Staaten, das Gleichgewicht der Kräfte: Diese grundlegenden Prinzipien wurden dort erstmals eindrucksvoll formuliert und haben vier Jahrhunderte Wirkung entfaltet.

Durch das Engagement durch Alt-Bürgermeister Hans-Jürgen Fip im Zusammenwirken mit dem jüngst verstorbenen Egon Bahr kam die Deutsche Stiftung Friedensforschung mit ihren

Sitz nach Osnabrück. Mir tut es weh, dass mir von dort keine hilfreichen Hinweise für die jetzige, verfahrenere Situation in der arabischen Welt bekannt geworden sind, obwohl der Westfälische Frieden als Blaupause für manches dort dienen könnte.

2. *Eine neue Friedensordnung der demokratischen Freiheit ist zu finden.*

Im Westfälischen Frieden sind nicht nur die Machtverhältnisse neu verteilt worden. Es ist nicht nur der Krieg beendet worden. Vielmehr ist eine neue Friedensordnung mit neuen Freiheiten für das ganze Reich gefunden worden, die bis ins 19. Jahrhundert Anerkennung fand. Darin haben die bis dahin autokratisch herrschenden Mächte und Kirchen ihre Ansprüche *nicht* durchsetzen können, am allerwenigsten der Kaiser.

Theo Sommer hat in einer Abhandlung beschrieben, wie die neue Friedensordnung Europa in dreierlei Hinsicht veränderte:

1. Die Macht des Kaisers wurde eingeschränkt. Die einzelnen Staaten gewannen ihre Souveränität, die – so Sommer – zum „Schlüsselbegriff der ganzen folgenden Epoche“ wurde.
2. Es galt fortan das Prinzip der „Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten fremder Staaten“.
3. Es entstand ein „Gleichgewicht der Kräfte“.

Neben den Gebietsabtretungen an die Schweden und Frankreich, dem Ausscheiden der Niederlande und der Schweizer Eidgenossenschaft aus dem Reich, dem Verlust der Ostsee wurden neue Freiheiten im ganzen Reich eingeführt – auch dies gegen den Kaiser: die freie Kirchenwahl, die Anerkennung einer neuen Konfession, der reformatorischen, und wichtige Rechte wurden dem Kaiser entzogen und den Reichsständen, den Landesherren und Städten übertragen.

Die Hansestädte wie Hamburg, zu denen auch Osnabrück zählte, konnten wieder in den europäischen Handel eintreten. Die katholische Hegemonie über das Reich ging endgültig verloren, Städte, Reichsstände und Länder konnten sich neu entfalten. Was unter den verfeindeten Konfessionen früher undenkbar war, wurde etwa für das Hochstift Osnabrück beschlossen, eine alternierende Regelung, die zwischen katholischen und evangelischen Fürsten zu wechseln hatte, keiner mehr die Autokratie von früher zuerkannte.

Diese grundlegend neue Ordnung von Frieden in Freiheit, die den umkämpften Gesellschaften in neuer Form Demokratie und Menschenrechte gewährt, werden die Mächtigen in diesen Ländern im Nahen Osten allein nicht schaffen können. Dafür dauerte die Gewaltherrschaft zu lange, sind die Vergehen zu groß und die Wunden zu tief, die jede Seite den anderen zugefügt hat. Nur unter mehrjähriger internationaler Aufsicht werden diese Gesellschaften befriedet werden.

Das arabische Problem ist offenkundig: Es gibt kaum fähige, faire und vor allem legitime Regierungssysteme, in denen die Teilhabe der Bürger, Pluralismus und die Herrschaft von Recht und Gesetz einen sozialen Vertrag zwischen Bürgern und Staat geschaffen haben. Bei solchen Zuständen bricht Chaos aus, wenn irgendwann Öl- und Gaseinnahmen sinken. Sie sind noch der labile Kit, der manches zusammenhält, wobei häufig die Armeen die Herrschenden und nicht das Volk schützen.

Rainer Herrmann hat in der FAZ am Sonntag formuliert: „Erst der Westfälische Frieden schuf eine dauerhafte staatliche Ordnung, in der sich die Religionsgemeinschaften gegenseitig anerkennen. Erst die Verwüstung durch die Religionskriege hat die Einsicht erzeugt, die Europa bis heute prägt: Staat und Religion zu trennen, die Säkularisierung als Geisteshaltung und institutionell durchzusetzen.“

Hierfür ist eine internationale Friedenskonferenz nötig, denen alle Verantwortlichen angehören, die jedoch insgesamt nicht mehr nur einer bestimmten kulturellen, religiösen und nationalen Orientierung folgen, sondern einer internationalen Orientierung, wie sie die UNO mit ihren demokratischen Prinzipien und der Menschenrechtserklärung vertritt. Dabei wird diese Konferenz ihre Beschlüsse nur verwirklichen können, wenn die großen Mächte einschließlich der USA, Russlands, Frankreichs und Englands, die jetzt schon um Syrien kämpfen, daran mitwirken, entsprechend machtvoll den Frieden sichern. Nichts spricht

dagegen, die Afrikanische Union, die Arabische Liga, den Golfkooperationsrat, die Volksrepublik China einzuladen.

Meine 3. Schlussfolgerung: Im islamischen Kulturkreis findet derzeit eine Entwicklung von historischer Bedeutung statt. Wie alle großen Veränderungen benötigt der ‚arabische Frühling‘ als Prozess der Befreiung noch Zeit.

In Europa stießen die Mächtigen über Jahrzehnte aufeinander, bekämpften und unterdrückten sich gegenseitig mit Terror und Gewalt. Der ‚arabische Frühling‘ begann im Dezember 2010, ausgelöst durch die Selbstverbrennung eines Gemüsehändlers in Tunis. Mit dieser Bewegung ist der Ruf vor allem junger Menschen nach Freiheit, Demokratie, Religionsfreiheit und Menschenrechten verbunden. Dieser Ruf breitete sich in der arabischen Welt aus. Doch in vielen Ländern versuchen verschiedene Machthaber, die erhoffte Entwicklung von Demokratie und Freiheit in ihrem Land, nach der vor allem junge Menschen zu Tausenden rufen, zu verhindern. Dabei werden die Mauern gegen diese Veränderung, um Wege in die Freiheit und Demokratie zu versperren, gleichermaßen von den Mächtigen, den Militärs, den Muslimbrüdern und Salafisten sozusagen nacheinander aufgestellt. Doch sie werden alle auf Dauer nicht standhalten wie keine Mauer bisher gehalten hat, was sich die Mauerbauer versprochen haben.

Viele haben innerlich schon aufgegeben. Frieden im Nahen und Mittleren Osten scheint ihnen angesichts der langen kriegerischen Auseinandersetzungen in der Region undenkbar. Dabei brauchen wir gar nicht bis zum 30-jährigen Krieg zurückzugehen, um zu sehen, dass Frieden auch nach jahrhundertelangen Auseinandersetzungen gelingen kann, gelungen ist, hier in Europa.

Erforderlich sind dafür mutige, visionäre Staatenlenker. 1946, ein Jahr nach Ende des Zweiten Weltkrieges, sagte Winston Churchill in seiner berühmten Rede an der Universität Zürich: „Wir müssen eine Art Vereinigte Staaten von Europa errichten.“ Und weiter: „Der erste Schritt zu einer Neuschöpfung der europäischen Völkerfamilie muss eine Partnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland sein. Nur so kann Frankreich seine moralische und kulturelle Führerrolle in Europa wiedererlangen. Es gibt kein Wiederaufleben Europas ohne ein geistig großes Frankreich und ein geistig großes Deutschland.“ Das waren mutige Sätze nach zwei Weltkriegen, in denen Deutschland und Großbritannien miteinander Krieg geführt haben, in denen Deutschland Leid über Großbritannien gebracht hat.

Es ist eine historische Tat von Robert Schuman, Jean Monnet, Konrad Adenauer, Charles de Gaulle und anderer Politiker die Perspektive einer Europäischen Union in den 1950er Jahren gegen nationale Interessen verwirklicht zu haben. Nachbarländer, die bis dahin eine Reihe blutiger Kriege ausgefochten haben, schlossen Frieden. Endgültig.

Polen hat den Freiheitskampf in Osteuropa siegen lassen, mit Hilfe von Papst Johannes Paul II. und der Solidarnosc. Die polnischen Bischöfe schrieben: „Wir vergeben und bitten um Vergebung.“ Was für eine Geste!

Die Europäische Union ist einmalig. Ihre Einmaligkeit liegt in dem interkulturellen politischen Raum, den verantwortungsvolle Europäer seit den Römischen Verträgen geschaffen haben. Sie haben eine Union von inzwischen 28 Nationen aufgebaut, die einerseits ihre nationale Eigenständigkeit wahren, andererseits Grenzen aufgehoben haben. Über 505 Millionen Unionsbürger bewegen sich frei in dieser Union und tauschen sich beruflich, sozial und kulturell miteinander aus. Eine vergleichbare politische Union für Millionen Menschen, die neben ihrer nationalen Staatsangehörigkeit auch die Rechte von Bürgern der Europäischen Union wahrnehmen können, gibt es nirgendwo sonst auf der Welt. Keine der Nationen mit vielen Sprachgruppen wie Russland, Indien oder China pflegt wie die Europäische Union mit ihren 24 Amtssprachen in dieser Form die kulturelle Vielfalt und achtet die nationale Eigenständigkeit einer Reihe von Mitgliedsländern gleichermaßen, auch wenn deren Bevölkerungszahl bei nur 1% der Bevölkerung der Europäischen Union liegt. Die weltweit einmalige Vision der Europäischen Union liegt darin, eigenständige Nationen *,in Vielfalt zu einen'*, wie es der Leitspruch der Europäischen Union ausdrückt. Dieses einzigartige Modell kann Vorbild für andere Weltregionen sein.

Innerhalb der EU ist ein kriegerischer Konflikt nicht einmal mehr vorstellbar. 505 Millionen Bürger der Europäischen Union werden keine Kriege mehr gegeneinander führen. Wer hätte das 1945 für möglich gehalten? Und wer hätte damals gedacht, dass 70 Jahre später Europäer aus Frankreich, England und Polen, Intellektuelle, nach deutscher Führung verlangen? Zwei Beispiele:

Alain Minc hat in Frankreich ein Buch veröffentlicht mit dem Titel „Vive l'Allemagne“ und nicht etwa „Vive la France“. Minc ist ein Intellektueller und Berater des ehemaligen französischen Präsidenten Sarkozy. Er formuliert in seinem Buch, Deutschland sei mittlerweile „das demokratischste und gesündeste Land“ Europas.

Gleichzeitig kritisiert Minc, dass die Bundesrepublik eine Art „große Schweiz“ werden wolle. Die Franzosen müssten sich fragen – so Minc - ob ihnen eine Bundesrepublik lieber sei, die sich aus der Geschichte weitgehend verabschiedet hat, oder im Gegenteil ein Deutschland, das bereit ist, eine gemäßigte Machtposition einzunehmen. Der ehemalige polnische Außenminister sagt, er habe mehr Angst vor einem schwachen als vor einem starken Deutschland.

Roger Cohen, britischer Journalist, forderte im Cicero neue Investitionen in die deutschen Streitkräfte, deutsche Führungskraft in der russischen Frage sowie eine kühne Wiederbelebung der transatlantischen Beziehungen. Das 21. Jahrhundert würde sein

Versprechen nicht halten können, wenn Deutschland klein denke. Ob Deutschland will oder nicht: Unsere Führung wird gebraucht und gewünscht für die Lösung internationaler Konflikte.

Europa ist erst seit wenigen Jahrzehnten vereint, frei und demokratisch. Und nun ist dieses Europa gefährdeter denn je – von innen. Großbritannien denkt über den Austritt nach. Ungarn schottet sich ab. Aus Polen hört man nationalistische Töne. Genauso aus Frankreich: „Les Français d’abord“, ‚die Franzosen zuerst‘ ruft der Front National und findet viele Anhänger mit solchen Parolen. In Italien fordert die Forza Italia, „Più Italia, meno Germania“, ‚mehr Italien, weniger Deutschland‘.

Was kann Deutschland in dieser Situation tun? Die politische Mitte und das Miteinander stärken, indem wir friedlich, respektvoll und würdevoll miteinander leben. Der aus Mali stammende Moslem Bathily, der im jüdischen Supermarkt bei den Pariser Anschlägen Anfang des Jahres Juden gerettet hat, hat es ungefähr so ausgedrückt: Wir alle, Juden, Muslime, Christen, Atheisten sitzen in einem Boot. Wir müssen gemeinsam gegen die Feinde unserer freiheitlichen Art zu leben zusammenstehen.

Muslime bilden die zweitgrößte Religionsgemeinschaft. In Berlin leben inzwischen etwa so viele Muslime wie Katholiken. Und doch erleben sie viel Ablehnung. Nehmen wir die Probleme mancher Minderheiten, Rassismus, Antisemitismus aber auch Islamhass ernst. Sie

passen nicht in eine aufgeklärte Gesellschaft und in die moderne Demokratie des 21. Jahrhunderts. Wir benötigen einen viel intensiveren Dialog und die Begegnung auf Augenhöhe von Angesicht zu Angesicht. Es geht darum, anderen ihre eigene Identität zuzugestehen. Es könnte einfach sein, wenn jeder andere so behandeln würde, wie er gerne selbst behandelt werden möchte, mit Respekt und Wertschätzung.

Der junge preußische König Friedrich der Zweite schrieb am 22. Juni 1740 seine berühmte Randbemerkung über die Religionen: „Sie müssen alle toleriert werden und der Fiscal muss nur das Auge darauf haben, dass keiner der anderen Abbruch tue, denn hier muss ein jeder nach seiner Façon selig werden.“

Immanuel Kant schrieb dazu später in seiner Schrift: „Was ist Aufklärung?“. „Ein Fürst, der es seiner nicht unwürdig findet, zu sagen: Dass er es für seine Pflicht halte, in Religionsdingen den Menschen nichts vorzuschreiben, sondern ihnen die volle Freiheit zu lassen, ist selbst aufgeklärt und verdient von der dankbaren Welt und Nachwelt als derjenige angepriesen zu werden, der zuerst das menschliche Geschlecht der Unmündigkeit wenigstens von Seiten der Regierung entschlug.“ Diese zivilisatorische Errungenschaft, dass jeder glauben kann, was er will und gar nicht glauben muss, verteidigen wir als christlich-jüdisches Abendland.

Wir laufen nicht mit dem erhobenen Zeigefinger durch die Welt, sondern wir sind demütig. Wir wissen, welche Irrungen und Wirrungen wir erlebt haben mit dem Nationalsozialismus,

dem Kommunismus. Erst durch die Hilfe von außen, von den Siegermächten, sind wir auf den Weg der Tugend gebracht und hin zur Demokratie geführt worden. Wir haben gerade erst seit 25 Jahren die Einheit unseres Vaterlands mit Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat. Der deutsche Beitrag führt über Europa. Es gilt, Europa zu stärken. Wenn jeder an sich selber denkt, werden wir wenig erreichen. Wir brauchen weder Gutmenschentum noch Abschottung. Es gilt, den Weg dazwischen mutig zu bestreiten.

Europa muss an sich arbeiten. Wir sind nicht zureichend handlungsfähig, weil wir zu selten mit einer Stimme sprechen, zur palästinensischen Autonomie, zur UNO-Mitgliedschaft, zur Türkei, zur arabischen, zur islamischen Welt, zu China, zur transatlantischen Partnerschaft. Das kann sich bitter rächen.

Im nördlichen Afrika und im Nahen und Mittleren Osten hat Europa fortwährende Verantwortung. Die Grenzen gehen teilweise auf europäische Politiker und Kolonialmächte zurück. Vor 20 Jahren begann die EU mit einem Mittelmeerplan. Das Mittelmeer sollte eine Verbindung zu Afrika sein, keine Barriere – zu beidseitigem Nutzen. So sieht es die Mittelmeerunion vor. Die Fortschritte sind bescheiden. Nächste Woche treffen sich wieder europäische Staatschefs und die Staatschefs des Maghreb. Wir müssen sie als Partner sehen, die Handelsbedingungen fairer gestalten und fordern und fördern.

Horst Köhler hat vor den Bildern im Kopf gewarnt. Bei Afrika würden viel an die Begriffe denken, die mit K anfangen: Krisen, Konflikte, Kriege, Katastrophen, Krankheiten, Korruption. Und Henning Mankell schreibt: „Wenn wir uns am Bild der Massenmedien orientieren, lernen wir heute alles darüber, wie Afrikaner sterben, aber nichts darüber, wie sie leben.“ Dabei gibt es die neuen erstarkenden Staaten, das afrikanische Wirtschaftswunder und die afrikanischen Demokratisierungserfolge. Vier der am stärksten wachsenden Volkswirtschaften liegen in Afrika. Es gibt die Tapferen, die Menschenrechtsverteidiger, die Antikorruptionsaktivisten, eine immer stärker werdende Zivilgesellschaft; die Frauen, die für Frieden kämpfen und Bauerngruppen, die lautstark ihre Rechte einfordern.

Die historische Bedeutung dieser Entwicklung benötigt Zeit, doch sie wird sich durchsetzen, da die Menschen sie verlangen. So ist es Tunesien gelungen, 2014 eine Verfassungsreform durchzusetzen – gegen die auch dort für den Kampf eintretenden Parteien. Nach dieser neuen Verfassung wurde nun gewählt, werden Demokratie und Menschenrechte, vor allem die Gleichheit von Mann und Frau schrittweise verwirklicht. Im tunesischen Parlament muss inzwischen ein bestimmter Anteil an Sitzen an Frauen vergeben werden.

Auch hier gibt es Rückschläge, aber ich hoffe persönlich sehr, dass sich die positive Entwicklung in Tunesien fortsetzt. Leisten wir von Europa und Deutschland aus alles, um diese Entwicklung in Tunesien konstruktiv zu befördern, auch wirtschaftlich zu unterstützen. Geben wir gleichzeitig diesem muslimischen Land Zeit, die demokratische Erneuerung ihrer

Gesellschaft Schritt für Schritt zu verwirklichen. Gestern habe ich mit dem tunesischen Premierminister in Berlin über die Gründung einer deutsch-tunesischen Universität gesprochen. Allerdings ist es wichtig, nicht nur zu reden, sondern auch zu tun, zu verwirklichen.

Tunesien muss und soll gelingen. Dann wird Tunesien zum Vorbild für eine Reihe von Ländern in Nordafrika und im Orient werden, die große Hoffnung von Millionen Menschen im islamischen Kulturkreis erfüllen.

Wir müssen den Dialog mit der Türkei energisch vorantreiben. Gerade jetzt, wo es nicht populär ist. Wahre Freunde zeigen sich in der Not. Vor bald 100 Jahren hat Atatürk der Türkei den Weg in die Moderne gewiesen: Ein modernes Staatsverständnis mit einem lebendigen Islam und einem laizistischen Staat wie in Frankreich. Der Ausgang ist offen. 2023 wird die Türkische Republik 100 Jahre alt. Ich hoffe, dass dann ein Land feiert, das demokratisch nach innen und versöhnlich nach innen und außen ist.

V.

In diesen Tagen erfahren wir hautnah: Wenn wir die Probleme und Konflikte nicht vor Ort lösen, kommen sie hierher. Das beweisen die großen Flüchtlingsströme, die vielen Menschen, die nun in Deutschland ihr Heil suchen. Sie werden von ungezählten ehrenamtlichen Helfern

willkommen heißen. Andere hingegen fürchten sich. Manche im Stillen, manche demonstrieren, einige wenige werden gewalttätig, zünden Flüchtlingsheime an. Denen, die demonstrieren, um deutsche Werte, das deutsche Gesetz, die deutsche Verfassung zu verteidigen, sage ich: „Schaut doch einmal rein ins Grundgesetz.“ Sein erster Satz lautet: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Das ist unsere oberste Richtschnur, die für jeden Menschen in unserem Land gilt, egal ob er seit Generationen hier lebt, ob seine Eltern zugewandert sind oder ob er als Flüchtling Aufnahme gefunden hat. Es gilt, egal welcher Partei sich jemand zugehörig fühlt, ob er auf der Straße demonstriert oder ob er am Stammtisch mit Kollegen spricht. Die Würde des Menschen ist nicht verhandelbar, nicht relativierbar. Wer sie in Frage stellt, wer Menschen gegen andere aufhetzt, die Menschenwürde missachtet, der bekommt unsere entschiedene Gegenwehr zu spüren, der schließt sich selbst aus unserem deutschen „wir“ aus. Da ist es egal, ob er Rechts-, Links- oder islamistischer Terrorist ist.

Weiter im Grundgesetz: Artikel 4 stellt fest: „Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.“ Es steht jedem Menschen frei, an wen er glauben möchte, und auch, ob er überhaupt glaubt. Niemand darf in unserem Land wegen seines Glaubens benachteiligt werden. Nach den menschenverachtenden Erfahrungen aus der Zeit des Nationalsozialismus und dem Zivilisationsbruch des Holocaust tragen wir hierfür eine besondere Verantwortung.

Das Grundgesetz schützt Pluralität und Minderheiten, es stellt die Gleichheit vor dem Recht sicher, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die Religionsfreiheit, Meinungs- und Pressefreiheit, das Staatsmonopol auf Gewalt. All das sind Werte unseres Landes. Sie müssen weiterhin Bestand haben. Ich wünsche mir, dass wir mehr und offener für diese Werte eintreten und sie damit auch stärken. Denn nur ein Land, das sich seiner Werte selbstbewusst vergewissert, ist stark genug, sie auch in Zeiten großen Zustroms Fremder zu bewahren. Jedem, der in unserem Land leben möchte, muss klar sein, dass er diese Werte akzeptieren muss.

Klar ist aber auch: Wir können nicht jeden, der diese Werte akzeptiert und hier leben möchte, hier aufnehmen. Wenn wir den Flüchtlingsstrom bewältigen möchten, sind zwei Dinge entscheidend: Das Bekenntnis zur Offenheit und Vielfalt und die Klarheit über den Rahmen von Zuwanderung. Nur, wo Klarheit und Konsequenz herrschen, wird Vielfalt akzeptiert. Für die Bevölkerung muss transparent und nachvollziehbar sein, welche und wie viele Menschen aus welchen Gründen nach Deutschland kommen dürfen. Wenn unklar ist, unter welchen rechtlichen Bedingungen Zuwanderung stattfindet und ob die hier geltenden Gesetze auch vollzogen werden, dann wird die Bevölkerung das auf Dauer nicht akzeptieren.

Wichtig ist, dass es klare Kriterien gibt, die regeln, wer nach Deutschland kommen darf. Nicht alle, die bei uns Asyl beantragen, erfüllen die Bedingungen für politisches Asyl. Und so nachvollziehbar die Gründe sind, warum Menschen aus wirtschaftlicher Not, die ich keinem

von uns wünsche, hierherkommen möchten, so wenig ist es möglich, sie alle in unserem Land wohnen zu lassen. Sonst können wir nicht sicherstellen, dass wir denjenigen, die unbedingt unseres Schutzes bedürfen, weiterhin diesen Schutz gewähren können. Das heißt dann auch – so hart es in den vielen Einzelfällen ist – dass Menschen, deren Asylantrag abgelehnt worden ist, das Land verlassen und im Zweifel mit einem Einreiseverbot belegt werden. Wir brauchen schnelle Asylverfahren und dann eine konsequente Umsetzung des Ergebnisses. Wer abgelehnt wurde, verlässt das Land, wer bleiben darf, wird integriert.

Wir stehen vor einer gewaltigen Herausforderung, aber wir haben die Fähigkeit und die historischen Erfahrungen, um sie zu bewältigen. Wir Deutsche sind in der Lage, Menschen zusammenzuführen. Zweimal ist uns das schon gelungen: Nach dem Zweiten Weltkrieg bei der Aufnahme der Vertriebenen und bei der Wiedervereinigung von Ost- und Westdeutschland vor 25 Jahren, die wir gerade gefeiert haben. Jetzt stehen wir wieder vor einer historischen Aufgabe: der Integration von hunderttausenden Menschen allerdings mit ganz anderen kulturellen Erfahrungen und oft einer anderen Religion. Das ist in der Größenordnung nicht vergleichbar, aber unvergleichlich anspruchsvoller. Auch das wird uns gelingen, wenn wir die Probleme ansprechen und angehen.

Die Geschichte von Andreas Gryphius macht uns Hoffnung. Wir möchten helfen, dass die Menschen, die wie er damals unseres Schutzes bedürfen, hier ihren Weg finden. Sie müssen

nicht alle Gedichte schreiben, aber sie sollen ihre Talente und Fähigkeiten entfalten können. Dann sind sie ein Gewinn für unsere Gesellschaft.

Deutschland ist die bunte Republik Deutschland. Der Kern dieses weltoffenen Deutschland, der Kern unseres deutschen „wir“, sind die in unserer Verfassung verankerten Werte. Die sind nicht disponibel. Nicht wir sind durch den Multikulturalismus bedroht, sondern die engstirnigen, rückwärts gewandten, antimodernen, intoleranten Aspekte des Islam sind bedroht. Wir werden die Gewinner des Multikulturalismus sein. Wir haben nichts zu befürchten – außer der Furcht.

Mit der Anerkennung des Multikulturalismus verlässt Europa einen Sonderweg der Geschichte, der unendliches Leid über den Kontinent gebracht hat; kehrt einer Vorstellung den Rücken, die immer schon verlogen war. Der Idee nämlich, die verschiedenen Nationen müssten aus ethnisch und kulturell homogenen Staatsvölkern bestehen. Diese Erfindung der deutschen Romantik lieferte im 20. Jahrhundert den Vorwand für Zwangsassimilationsprogramme aller Art, für Diskriminierung, Entrechtung, Vertreibung und ethnische Säuberung. Armenier, Griechen, Türken, Ukrainer, Polen, Südtiroler, Bosnier, Kosovaren, Kroaten, Serben und natürlich immer wieder die Juden wurden zwischen 1900 und 2000 Opfer des europäischen Homogenisierungswahns. Auch und gerade die Deutschen haben darunter gelitten – aus Schlesien und den früheren Ostgebieten, aus Rumänien, aus

Böhmen und Mähren wurden sie vertrieben, um neu etablierten Staatsvölkern und Nationen Platz zu machen.

Im Nahen und Mittleren Osten lebten seit je Christen, Juden und Muslime, Suniten und Schiiten, Kurden und Araber zusammen. Der Versuch, homogene Staaten zu schaffen, hat immer wieder zu Massakern geführt, von den Armeniern in der Türkei bis zu den Kurden im Irak.

In Ägypten sind 10 Prozent der Bevölkerung koptische Christen. Indien, die größte Demokratie der Welt, ist ein multikultureller Staat; Amerika, die älteste Demokratie der Welt, ebenfalls. Es sind autokratische Staaten wie China oder Russland, die ethnische oder kulturelle Vielfalt als Bedrohung empfinden und zu beenden versuchen. Es ist nicht der Ansatz des Multikulturalismus gescheitert, sondern der Ansatz des Monokulturalismus.

Letztlich gilt, wie schon anfangs gesagt, der Satz von Papst Franziskus: „E necessario non a parlare della pace ma a la fare.“. Den Frieden endlich schaffen – innerhalb der Länder und zwischen den Ländern. Nicht nur über ihn reden.